

Berlin, 6. November 2008
Nr. 196

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Landesbezirk Berlin-Brandenburg
www.bb-verdi.de

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Integrationsgipfel: Keine Niedrighonorare für Deutschlehrer/innen
ver.di fordert vom Bund mindestens 3 Euro pro Kursteilnehmer

So verschieden die Ansichten zum Thema Integration auch sind - über eines scheinen sich alle Politiker einig zu sein: Sprachförderung für Migranten/innen ist eine "gesellschaftliche Schlüsselaufgabe". Umso erstaunlicher ist daher, dass die Arbeit der Integrationslehrerinnen und Integrationslehrer - jener Menschen, die diese "Schlüsselaufgabe" tagtäglich übernehmen - von der Politik so gut wie gar nicht wahr genommen geschweige denn angemessen bezahlt wird.

Die Gewerkschaft ver.di und die Vertretung Berliner VHS-Dozent(inn)en fordern die Bundesregierung auf, mehr Geld für die Bezahlung von Integrationslehrern bereit zu stellen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das im Innenministerium angesiedelt ist, zahlt derzeit einen Zuschuss von 2,35 Euro pro Teilnehmer der Integrationskurse. "Dieser Zuschuss muss auf mindestens drei Euro erhöht werden, um eine angemessene Bezahlung der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer zu ermöglichen", so André Pollmann, zuständiger ver.di-Fachsekretär, anlässlich des heutigen Integrationsgipfels in Berlin: "Ihre gesamte Situation ist prekär: Sie erhalten keine Honorarfortzahlung bei Krankheit, keine angemessene Vorsorgemöglichkeiten fürs Alter, keinerlei Beschäftigungssicherung. Sie werden in den Schulferien nicht bezahlt."

Für den Unterricht in Integrationskursen verlangt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von Dozenten einen Studienabschluss 'Deutsch als Fremdsprache' oder eine vergleichbare Qualifikation. Die Deutschlehrer unterrichten auf allen Sprachniveaus - von der Alphabetisierung an. Sie haben große didaktische Herausforderungen zu meistern und nehmen Prüfungen ab. Sie entscheiden mit über die Zukunft von Migranten in Deutschland.

Die Bezahlung der Deutschlehrer ist nicht einheitlich geregelt. Sie werden auch bei Vollzeitarbeit freiberuflich eingesetzt und müssen soziale Risiken privat absichern. Die Honorare sind sowohl bei den öffentlichen Volkshochschulen als auch bei den privaten Kursträgern unterschiedlich hoch. In allen Fällen aber liegt der Verdienst weit unter Niveau: Bei einer Vollzeitarbeit bleiben nach Abzügen etwa zwischen 900 und 1300 Euro übrig.

"Viele Integrationslehrerinnen und Integrationslehrer sind überarbeitet und leisten regelmäßig Überstunden, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können", so Pollmann weiter.

Für inhaltliche Rückfragen:

André Pollmann - zuständiger ver.di-Fachsekretär (Tel.: 030 / 88 66 53 04, mobil: 0170 - 574 85 40)

Herausgeber:

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Pressestelle des Landesbezirks Berlin-Brandenburg
Andreas Splanemann - Pressesprecher
Köpenicker Str. 30
10179 Berlin
Tel: 030/8866-4111
Fax: 030/8866-4905
E-Mail: presse.bb@verdi.de
Web: <http://www.bb-verdi.de>

© Copyright 2008 - ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft